Anzeigengebühren: 90 Pfg. für die 8mal gespaltene Millimeterzeile. Auswärts 100 Pfg., für die Empfehlungszeile 400 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Prugs Castrop

Castroper Anzeiger

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht Mark (im voraus zahlbar) für den Monat, Postbezug 90.00 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Castrop, Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 151 — Montag, den 3. Juli — 1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

In dem Kriegsbeschuldigtenprozeß wurde am Freitag die Zeugenvernehmung beendet. Sämtliche Zeugen wurden entlassen. Am Samstag wurden die Aussagen der französischen Zeugen verlesen.

*

Der Intendant des Dortmunder Stadttheaters, Dr. Maurach, wird einem Rufe nach Nürnberg Folge leisten.

*

Der englische Finanzkontrolleur Young ist nach London abgereist, um englische Finanzkreise zur Beteiligung an einer neuen österreichischen Anleihe aufzufordern.

*

Der Times zufolge werden große sowjetistische Truppeneinheiten an der Grenze von Estland zusammengezogen, die sich angeblich der Getreidevorräte in Estland bemächtigen sollen.

*

Das Telegraphenkabel zwischen Irland und England ist in der Nähe der irischen Küste durchschnitten worden.

*

Telegramme aus Dublin melden, daß die irischen Regierungstruppen in das Gerichtsgebäude eingedrungen sind. Die Artillerie hat die Gebäude unter Feuer genommen, so daß nur die Grundmauern stehen blieben. Hierauf wurde der Sturm unternommen. Viele Rebellen wurden gefangen genommen, der Rest leistete verzweifelten Widerstand.

*

In der letzten Woche liefen im Petersburger Hafen 28 Dampfer mit 47 000 Tonnen Lebensmitteln und Kohle an.

*

Dollarkurs am 1. Juli: 405,00
Letzter Kurs: 377,00 — Höchster Kurs: 374,50

Rathenaus Tod und Oberschlesien.

Von Dr. Herschel, M. d. R.

So tiefgehend die berechtigte Erregung über das fluchwürdige Verbrechen ist, das dem Vaterlande und gerade uns Grenzlanddeutschen den Reichsaußenminister Dr. Walter Rathenau vorzeitig entriß, eine Folge darf sie unter keinen Umständen haben. Die öffentliche Meinung darf in ihrer Aufmerksamkeit nicht von den wichtigen Dingen abgelenkt werden, die sich augenblicklich in Oberschlesien vollziehen.

Diese Wirkung seines Hinscheidens läge nicht im Sinne und Willen des Toten. Seine letzte große Rede im Reichstage galt ja gerade den Grenzlanden. Er schilderte ihre schlimme Behandlung durch die fremden Besatzungen, er fand zu Herzen gehende Worte für die Not ihrer Bewohner und wie ein roter Faden zog sich durch die mit stürmischem Beifall aufgenommene Erklärung das Bestreben, ihr abzuhelfen, wo und wie es nur irgend anginge. Dazu aber gehört, daß man unsere Grenzlande keinen Augenblick draußen im Reiche vergißt, namentlich nicht in den für sie besonders wichtigen Momenten.

Die merkwürdige Doppelung von Ereignissen, die wir so häufig im privaten wie im öffentlichen Leben sehen, zeigt sich nun wieder einmal in bezug auf zwei bekannte politische Persönlichkeiten und die Einwirkung ihres gewaltsamen Todes auf Oberschlesien.

Ende August vorigen Jahres wurde Erzberger in Griesbach erschossen. Eine Welle der Empörung ging über Deutschland. Demonstrationen gegen die Mörder und für die Republik fanden in allen größeren Städten, ja auch in vielen kleineren Orten statt. Auch damals kam es zu Maßnahmen auf dem Verordnungswege und solchen der Gesetzgebung zum Schutze der Republik. Das alles hatte aber zur Folge, daß die öffentliche Meinung und ihre Organe fast völlig von den wichtigen Beratungen abgezogen wurden, die damals in Genf über Oberschlesien einsetzten, nachdem Herr Briand erklärt hatte, daß der Oberste Rat sich dem Gutachten des Völkerbundsrates voll und ganz anschließen werde. Herr Herold und Herr Hodac erstatteten dann ihre Gutachten und, während uns im Reiche innerer Zwist zerfleischte, bereitete sich die furchtbare Grenzziehung unbeachtet vor, die nun unsere Heimat so unnatürlich zerreißt.

Die Geschichte kennt keine Doubletten. So sagt man wenigstens. Wenn sie aber überhaupt Lehrmeisterin sein soll, dann ist heute in bezug auf Oberschlesien etwas aus ihr durch die Vorgänge vom vorigen Herbste zu lernen. Der Fall liegt nämlich jetzt nach der Ermordung Rathenau fast ebenso, mindestens aber sehr ähnlich wie damals.

Freilich handelt es sich nicht mehr um die Trennung und die Anordnung der Zuteilung des unglücklichen Landes an Polen und Deutschland, die nach dem Ergebnis der Abstimmung und den Erfordernissen der Wirtschaft den Meisten, die die Verhandlungen der Entente nicht näher kannten, noch damals ganz unmöglich schienen und deshalb Ende September so überraschend wirkten. Wohl aber sind wieder Schicksalstage für Oberschlesien angebrochen. Was jetzt geschieht, ist doch nichts anderes als die Ausführung des Genfer Diktats. Sie ist kaum weniger wichtig als dieses selbst es war.

Zonenweise vollzieht sich nun die Räumung der einzelnen Kreise und deren Uebergabe an die Deutschen oder an die Polen. Mit Freuden liest man, wie die deutschen Truppen und Behörden jubelnd in West-Oberschlesien begrüßt werden. Aber ins Herz schneidet es, wenn man die Berichte über den Einzug polnischen Militärs und fremder Machthaber in Städte vernimmt, die — wie Kattowitz, Königshütte, ja selbst Lublinitz, Pleß, Rybnik und Myslowitz — bei der Volksbefragung vom 20. März 1921 ein so überwältigendes Bekenntnis zum Reiche abgegeben haben.

Unsere Volksgenossen jenseits der neuen jäh und willkürlich gezogenen Grenzen müssen seelisch stark sein in diesen Tagen. Nichts kann sie darin mehr unterstützen als das Bewußtsein, daß wir ihrer nach wie vor in alter Treue gedenken. Umgekehrt würde uns nichts in ihren Augen mehr schaden und geeignet sein, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu erschüttern, als wenn wir gerade jetzt scheinbar uns nur wenig oder gar nicht mehr um sie kümmerten. Dieser Anschein würde aber zweifellos erweckt, wenn wir die Uebergabeverhandlungen, den Abschied vom alten Vaterlande, die mannigfachen Schwierigkeiten bei der Ueberleitung der Verwaltung, die Sorgen, welche gewisse Maßnahmen der Polen und vor allem die sich schon wieder zeigenden Unruhen in Oberschlesien nicht mit unserer lebhaften Anteilnahme begleiteten. Wir dürfen sie auch nicht vermissen lassen unter den Eindrücken der neuen Freveltat.

Ehren wir den vedienten Toten, aber ehren wir ihn recht! Das geschieht, indem wir unsere Blicke auf sein Tun lenken und sein Andenken durch Taten feiern. Schützen wir die Staatsform und die Verfassung, aber vergessen wir darüber nicht Volk und Vaterland, denen jene beiden ja nur zu dienen bestimmt, deren Teil die Grenzgebiete sind. Dann, aber auch nur dann, erfüllen wir voll und ganz unsere deutsche Pflicht gegenüber dem toten Rathenau und den Grenzlanden, mögen sie bedroht, besetzt oder verloren sein. — An ihnen gehört in jeder Beziehung das arme Oberschlesien, wenn wir es nicht ständig an uns ketten. Es verdient wie der Heimgegangene unsere Liebe durch sein Leiden für die Sache des Reiches.

Zur Ermordung Rathenaus.

Auflösung des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.

Berlin, 1. Juli. Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, erließ der Minister des Innern, Severing, am 30. Juni folgende Verfügung:

Auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 löste ich den Verband nationalgesinnter Soldaten e. V. mit allen Landesverbänden, Bezirks- und Ortsgruppen heute auf.

Verhaftungen in Schwerin.

Berlin, 1. Juli. Amtlich wird gemeldet: In Schwerin sind durch Kriminalbeamte der Sekretär des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, Bezirk Mecklenburg, Erich Bade und der in seinem Büro tätige Christian Ilsemann, ein früherer Seekadett, festgenommen worden. Bade und Ilsemann wurden 2 Tage vor der Mordtat an Rathenau von den Mördern, die zu einer angeblichen Probefahrt von Berlin nach Schwerin gefahren waren, besucht. Bei diesem Besuch hat Ilsemann den Mördern die Maschinenpistole übergeben, die am Tage darnach zur Ermordung Rathenaus benützt wurde.

Günther aus dem deutschnationalen Jugendbund ausgeschlossen.

Berlin, 1. Juli. Der Vorsitzende des Jugendbundes der Deutschnationalen bittet die T. U. zur Veröffentlichung nachstehender Notiz: Nach Zeitungsnotizen ist das Mitglied des deutschnationalen Jugendbundes, W. Günther der Beihilfe des Mordes an dem Minister des Aeußern Rathenau überführt worden. Der Ausschluß wurde aus der Ortsgruppe bereits vollzogen, da Günther sich durch sein Verhalten außerhalb der Satzungen gestellt hat. Die Ortsgruppe verwirft jeden politischen Mord auf das schärfste. In der Ortsgruppe wird kein Geist gepflegt, aus dem eine solche Untat wachsen kann. Günther hat im Sommer 1919 kurze Zeit die Vorstandsgeschäfte geführt und hat seitdem bei uns nur selten verkehrt. Es müssen Einflüsse vorliegen, die von außenher auf ihn gewirkt haben.

Eine Erklärung der Bayerischen Mittelpartei zur Ermordung Rathenaus.

München, 1. Juli. Der Parteivorstand der bayerischen Mittelpartei erklärt in einer Entschließung über die Ermordung Rathenaus, daß er die Mordtat durchaus verurteilt und Vorwürfe gegen die Deutschnationalen, die seitens des Reichstages und sonstig gemacht seien, als völlig grundlos zurückweise. Der Parteivorstand stellt ausdrücklich fest, daß die Partei in keiner Weise mit der Mordtat in Zusammenhang stehe, daß im Gegenteil die Parteianschauungen dieser vollkommen widersprechen. Mit allem Nachdruck wird betont, daß der deutsch-völkische Gedanke, der die Partei erfülle, für irgendwelche von unverantwortlichen Elementen begangene Gewalttaten verantwortlich nicht gemacht werden dürfe.

Die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes.

Berlin, 1. Juli. Der Reichspräsident hat zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ernannt:

den Senatspräsidenten beim Reichsgericht Dr. Haagens als Vorsitzenden,

Letzte Drahtmeldungen.

Die christlichen Gewerkschaften gegen die neue Streikparole.

Berlin, 1. Juli. Der deutsche Gewerkschaftsbund richtet an seine Mitglieder folgenden Aufruf:

„Die sozialdemokratischen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten und die drei sozialistischen Parteien fordern erneut zur Arbeitsruhe für Dienstag, den 4. Juli, auf. Der deutsche Gewerkschaftsbund lehnt die Beteiligung an dieser abermaligen Lahmlegung des Wirtschaftslebens mit Entschiedenheit ab. Ein solcher sinnloser Mißbrauch der gewerkschaftlichen Machtmittel schädigt das Volk. Er vergrößert nur unsere schreiende Not. Der Verfassung und der Sicherung des allgemeinen Rechts wird damit nicht gedient. Christliche Arbeiter, Angestellte erweist Euch erneut als Ordnungsblock der deutschen Volksgemeinschaft.

Deutscher Gewerkschaftsbund. Stegerwald."

Gegen die Verwilderung der Jugend.

Der geistige Kampf mit geistigen Mitteln.

Berlin, 1. Juli. Der preußische Pressedient teilt mit: Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erläßt einen Aufruf, in dem er an diejenigen, die an der Erziehung der Jugend mitarbeiten, aufruft, ihr Bestes einzusetzen, damit die furchtbare Verwilderung der sittlichen Begriffe wirksam bekämpft werde. Mehr als je, heißt es in dem Aufruf weiter, tue der Jugend Erziehung not. Es sei sinnlos, wenn der heranwachsenden Jugend Fachwissen aller Art eingeflößt und darüber der Mensch und sittliche Gesamtpersönlichkeit vergessen werde. Besonders macht der Minister die höheren Schüler, aus denen die künftigen Führer des Volkes hervorgehen, auf die ernste Verantwortung aufmerksam und stellt hierbei den Grundsatz auf: Es muß der heranwachsenden Jugend zur Selbstverständlichkeit werden, daß geistige Kämpfe nur mit geistigen Waffen und nicht mit brutaler Gewalt ausgekämpft werden können, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten und der Gegensatz der Weltanschauungen die Achtung vor der Person nicht mindern dürfen.

Ein Mittäter am Morde Rathenaus auf hoher See verhaftet.

Newyork, 2. Juli. Auf dem Dampfer „Präsident Taft" ist der des Mordes an Rathenau verdächtige Max Petersen verhaftet worden. Er ist geständig, an dem Plan zur Ermordung Rathenaus mit beteiligt gewesen zu sein. Er sei aber angsterfüllt vor der Tat geflohen. Ferner wurde ein Max Eibuhr verhaftet, der jedoch anscheinend unverdächtig ist.

Kriegsbeschuldigtenprozeß.

Leipzig, 1. Juli. Im Kriegsbeschuldigtenprozeß Dr. Michelsohn beantragte der Reichsanwalt gegen den Angeklagten Dr. Michelsohn in den Fällen des handverletzten Russen und des Friseurs Robert unter Versagung mildernder Umstände acht bezw. drei Monate Gefängnis und in den beiden von den Zeugen Hugin und Schöpflin bekundeten Mißhandlungsfällen je einen Monat Gefängnis und zusammenfassend eine Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis. Die Urteilsverkündung findet am Montag mittag 12 Uhr statt.

den württembergischen Gesandten in Berlin Hildenbrand,
die Reichstagsabgeordneten Verbandsvorsitzenden Jaeckel in Berlin-Grünau,
Schriftleiter Erkelenz in Berlin, Baumschulweg,
den Reichskanzler a. D. Dr. Fehrenbach, sowie
die Reichsgerichtsräte Döhn und Dr. Baumgarten;

zu Stellvertretern:
den Senatspräsidenten beim Reichsgericht Dr. Schmidt,
den Reichstagsabgeordneten und Reichsminister a. D. Wissell,
den Verbandsvorsitzenden Brandes in Stuttgart und
Schriftleiter Joos in M.-Gladbach, sowie
den Reichsgerichtsrat Zeiler.

Ferner sind als stellvertretende Mitglieder in Aussicht genommen der Universitätsprofessor von Calker und der Reichsgerichtsrat Nieder. Von beiden ist jedoch eine Aeußerung, ob sie das Amt annehmen, noch nicht eingegangen.

Aufsehenerregende Verhaftungen in Osnabrück.

Osnabrück, 1. Juli. In Osnabrück wurden gestern mittag die Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Fabikant Fritz Frömbling und Fabrikdirektor Paul Meyer, sowie der Bureaubeamte Landwehr verhaftet. Wie Bürgervorsteher Bubert in der Sitzung der Städtischen Kollegien mitteilte, wird gegen sie die Anschuldigung erhoben, Beihilfe zur Ermordung Erzbergers geleistet zu haben.

Die politischen Folgen des Mordes.

Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Berlin, 30. Juni. Das Gesetz zum Schutze der Republik, das morgen dem Reichsrat und am Montag schon dem Reichstag zugehen soll, unterliegt zurzeit dem letzten juristischen Schliff. Ueber seinen Inhalt kann man einstweilen das folgende sagen: Es bringt in der Hauptsache zunächst eine Zusammenfassung der beiden Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten vom 25. und 29. Juni. Neu ist vielleicht das Verbot solcher Vereine, die die monarchistische Kandidatur bestimmter Thronkandidaten propagieren. Die Mitglieder der Häuser, die bis 1918 im Reich und in den Bundesstaaten regiert haben, können, wenn sie sich gegen die Vorschriften des Gesetzes zum Schutz der Republik vergehen und deswegen bestraft sind durch Beschluß des Kabinetts ausgewiesen werden. Wenn sie im Auslande wohnen, kann ihnen nach einem objektiven Verfahren das Betreten des Reichsgebiets verboten werden. In das Gesetz ist eine Amnestie hineingearbeitet worden für politische Straftaten aus den Unruhen des Jahres 1921, soweit die Urteile von außerordentlichen Gerichten gefällt worden sind und soweit nicht Rohheitsdelikte in Frage kommen. Es werden dem nach nicht der bayerischen Volksgerichte, die ordentliche Gerichte sind, betroffen, ebensowenig Verurteilungen aus dem Kapp-Putsch. Ueber die Bestimmung des Begriffs der Republik liegt eine abschließende Fassung noch nicht vor. Wie es heißt, ist die Definition zurzeit so gefaßt, daß unter republikanischer Staatsform im Sinne dieses Gesetzes der Inbegriff der Verfassungsformen verstanden wird, durch die sich der gegenwärtige Staat in seiner Gesamtheit von der Rechtsgrundsätzen der früheren Staatsform unterscheidet. Daraus geht hervor, daß zum Beispiel gewaltsame Bestrebungen zur Errichtung der Räterepublik oder von Räten nicht unter das Gesetz fallen. Dem Staatsgerichtshof wird das Recht gegeben, Bagatellsachen an die ordentlichen Gerichte zurückzuverweisen. Mit dem Gesetz verbunden ist eine Novelle zum Reichsbeamtengesetz, die die Verpflichtungen der Beamten erweitert. Es heißt da zunächst: Die Beamtenschaft hat die Pflicht, der Republik und der Verfassung zu dienen. Das Reichsbeamtengesetz bleibt unverändert, soweit nichts Gegenteiliges sich aus dem vorliegenden Gesetz ergibt. Dann heißt es weiter: Jeder Reichsbeamte hat auf die Reichsverfassung den Diensteid abzulegen. Wer den Eid verweigert, ist zu entlassen. Ein Beamter, der sich verächtlich über den Staat ausspricht oder die Einrichtungen des Staates verächtlich macht oder bei seinen Untergebenen derartige Aeußerungen duldet oder als Lehrer vor seinen Schülern derartige Aeußerungen macht, macht sich strafbar. Diese Bestimmungen werden auch auf die Soldaten der Reichswehr ausgedehnt. Die Veröffentlichung des Gesetzes dürfte wohl in aller Kürze erfolgen. Der Inhalt ist den Parteiführern bereits mitgeteilt worden.

Neue Kundgebungen zum Schutze der Republik?

Berlin, 30. Juni. Die Verhandlungen zwischen den drei sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften haben, wie die Dena erfährt, zu einer neuen Aktion geführt. Die drei sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften erlassen gemeinsam einen Aufruf zum Schutze der Republik. Zu dem Zwecke werden am Dienstag, den 4. Juli, große Demonstrationsversammlungen im ganzen Reich abgehalten werden. Verstärkt werden diese

Versammlungen durch einen allgemeinen halbtägigen Streik; von 1 Uhr mittags an ruhen alle Betriebe.

Ein Zeitungsverbot und eine Einstellung.

Berlin, 30. Juni. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, ist auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten das Demminer Tageblatt auf vier Wochen verboten worden.

Hamburg, 30. Juni. Das Hamburger Tageblatt hat heute plötzlich sein Erscheinen eingestellt. In der Mitteilung der Schriftleitung an die Leserschaft heißt es, der Verleger habe heute erklärt, daß er angesichts des Ausnahmegesetzes sich außerstande sehe, die von diesem Gesetz angedrohte Geldstrafe bis 300 000 Mk. in jedem Einzelfalle zu decken. Da bei der nationalen Haltung des Blattes aber mit solchen Strafen zu rechnen sei, sehe er sich gezwungen, das Erscheinen des Blattes vorläufig einzustellen und die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Der Reichskanzler und die Auslandsdeutschen

Berlin, 1. Juli. In einer dem hiesigen Vertreter der deutschen La Plata-Zeitung in Buenos Aires gewährten Unterredung äußerte sich der Reichskanzler über die Ermordung Rathenaus und richtete dabei Mahnungen an die Auslandsdeutschen. Der Reichskanzler erklärte:

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Untat das Ergebnis jener Atmosphäre von unsinnigem Haß und planmäßigen Verdächtigungen und persönlicher Verunglimpfung ist, wovon sich die Männer, die ihr Bestes hergeben, um Deutschland wieder aufzubauen, umgeben und in ihrer Tätigkeit gehindert sehen. Die Gedanken und Vorstellungen, die jener Atmosphäre entstammen, fanden leider auch in weiten und einflußreichen Kreisen der Ueberseedeutschen Eingang. Das erfüllt mich mit schwerer Sorge, denn gerade auf das Verständnis und die Mitarbeit der von warmem vaterländischen Gefühl erfüllten Auslandsdeutschen muß die junge Republik rechnen können, wenn sie in den Ländern, die für unsern Wiederaufstieg von der größten Bedeutung sind, eine erfolgreiche Politik treiben soll. Es ist begreiflich, daß die Deutschen in den überseeischen Ländern von der Entwicklung der Dinge im Mutterlande, mit dem sie so lange Zeit ohne jede Verbindung waren, nur eine unvollständige Kenntnis haben, und daß die rührige, in den Mantel des Patriotismus gekleidete Agitation Eindruck auf sie macht. So schenkten sie bedauerlicherweise vielfach tönenden Phrasen, hinter denen kein erster Wille zu fruchtbarer und aufbauender Arbeit steckt, nur allzusehr Glauben und ließen sich in die Gegnerschaft zu der jetzigen deutschen Regierung hineintreiben, sicherlich in dem guten Glauben, dem Vaterland zu dienen. Wohin aber tatsächlich diese Agitation führt, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die Reihe der Verbrechen, deren letztem, furchtbarstem unser Minister des Auswärtigen zum Opfer gefallen ist. Möge sein erschütternder Hingang alle, die es mit dem Vaterland wahrhaft gut meinen, die Augen öffnen und ihnen eine ernste Mahnung sein, persönliche Meinungsverschiedenheiten beizulegen und nicht grollend abseits zu stehen bei dem schweren Werk, das die Zusammenfassung aller unserer Volkskräfte erfordert, derjenigen im Mutterland und derjenigen drüben über dem Meer. Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, dies den Deutschen in Südamerika einmal zu sagen.

Aus dem Reiche.

Die Verabschiedung der Getreideumlage.

Berlin, 1. Juli. Der Reichstag begann heute bei starker Besetzung mit der dritten Lesung der Getreideumlage. Dr. Becker, Hessen (D. Vp.) gab im Namen seiner Fraktion, die mit Fraktionszwang gegen die Vorlage zu stimmen beschlossen hatte, folgende Erklärung ab:

Eine dauernde ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Brot zu angemessenen Preisen kann nur erreicht werden durch Maßnahmen, die eine erhebliche Vermehrung der Getreideerzeugung im Inland sichern. Die Vorlage in ihrer jetzigen Form ist nach unserer Auffassung nicht geeignet, uns diesem Ziel näherzubringen. Nachdem unsre Verbesserungsvorschläge in zweiter Beratung abgelehnt worden sind, müssen wir der Vorlage nunmehr unsre Zustimmung versagen. Wird sie trotzdem Gesetz, so werden wir selbstverständlich mit allen Kräften an seiner Durchführung mitarbeiten.

Danach fand eine kurze, aber geräuschvolle Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und Unabhängigen statt, wobei der Unabhängige Dr. Herz die ablehnende Haltung der Kommunisten als Verrat an der Arbeiterklasse brandmarkte. Ein inzwischen eingegangener Antrag Dr. Böhme (D.), wonach zwei Hektar frei bleiben sollen, wenn die Unterverteilung nach der Getreideanbaufläche vor sich geht, sonst fünf Hektar, wurde vom Reichsernährungsminister Fehr abgelehnt, da er eine Störung des Vollzuges bedeuten würde. Der Antrag wurde aber trotzdem gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Die Gesamtabstimmung war auf Antrag der Deutschnationalen namentlich. Die Vorlage wurde mit 217 gegen 137 Stimmen angenommen. Für die Vorlage stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Unabhängige und ein Teil der Bayerischen Volkspartei.

Die Herbergsteuer der Gemeinden.

Berlin, 1. Juli. Dem preußischen Landtag hat der Minister des Innern den Entwurf einer gemeindlichen Herbergsteuer zugehen lassen, die in Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern sowie in Kur- und Badeorten überall da Anwendung zu finden hat, wo eine entsprechende kommunale Steuerordnung noch nicht eingeführt ist. Die Steuer wird nach dem Zimmerpreis, gegebenenfalls zuzüglich Vergütung für Heizung, Beleuchtung, Bedienung usw. berechnet; er soll nach dem Entwurf betragen: 15 v. H. bei 10 bis 75 ℳ, 20 v. H. bei 75 bis 200 ℳ, 30 v. H. bei 200 bis 500 ℳ, 40 v. H. bei über 500 ℳ täglichem Gesamtentgelt. Der Staatsrat will dagegen die niedrigste Stufe von 20 bis 50 ℳ festsetzen und in ihr 10 v. H., dann 15 v. H. von 50 bis 100 ℳ und 20 v. H. von 100 bis 200 ℳ des täglichen Gesamtentgelts erheben, die beiden obersten Stufen nach den Vorschlägen des Entwurfs bestehen lassen. Für Personen, die am 1. Januar 1921 ihren Wohnsitz nicht im Deutschen Reich hatten, gleichviel ob Deutsche oder Nichtdeutsche, soll die Herbergsteuer mindestens das Fünffache des regelmäßigen Steuerbetrags betragen; durch Gemeindebeschluß kann der Zuschlag auf das Zehnfache bemessen werden. In Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern, deren es 26 670 gibt (bei 30 768 Gemeinden überhaupt), kann die Steuerordnung durch den Regierungspräsidenten in Kraft gesetzt werden. Der Entwurf soll tunlichst noch vor Beginn der eigentlichen Reisezeit verabschiedet werden.

Aus den besetzten Gebieten.

Koblenz, 1. Juli. Als weiterer französischer Besetzungstruppenteil ist das zweite Bataillon des Infanterieregiments 156 in Ehrenbreitstein eingetroffen, nachdem das erste und dritte Bataillon schon seit einiger Zeit dort und in Engers untergebracht waren. Wann die übrigen französischen Truppen, deren Zahl sich nach einer frühern Meldung der Zeitung Amaroc auf 6000 belaufen soll, ankommen werden, ist noch unbestimmt. — Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, Entwürfe für ein Gasthof- und Bureaugebäude im Bahnhofsviertel ausarbeiten zu lassen. Es soll ein öffentlicher Wettbewerb unter den deutschen Architekten ausgeschrieben werden. Der Stadt sind vom Reich für beide Bauten wesentliche Zuschüsse zugesichert worden.

Koblenz, 1. Juli. Die Zeitung Amaroc meldet, daß nach einer neuen Vereinbarung die französischen Besetzungstruppen Düren räumen und durch belgische Truppen ersetzt werden sollen. Es soll dadurch zugleich die Lage der Wohnungsnot in Aachen erleichtert werden. Den Belgiern würde damit ein größeres Gebiet für die Unterbringung ihrer Truppen gegeben sein. Nach demselben Blatt soll die zurzeit in Koblenz stehende französische Kavallerie, einige Schwadronen der 28. und 30. Dragoner, demnächst Koblenz wieder verlassen und dafür ein Artillerieregiment hierher verlegt werden.

Aus dem Auslande.

Oesterreich.

Die österreichische Zwangsanleihe.

Stärkste Belastung jedes Besitzes.

Wien, 1. Juli. In offiziöser Verlautbarung wird mitgeteilt, daß die Regierung entsprechend dem Drängen aller drei Parteien des Nationalrates, die Zwangsanleihe nicht nur auf den Grundbesitz, sondern auch auf den gesamten mobilen und immobilen Besitz ausdehnen wird. Der ländliche Grundbesitz wird mit 6 Prozent belastet und die Grundobligationen werden mit 7½ Prozent verzinst. In ähnlicher Höhe wird der städtische Hausbesitz belastet. Die Aktiengesellschaften haben 15 Prozent ihres Aktienkapitals in Gold abzuliefern. Dafür unterbleibt die von den Sozialisten gewünschte Anforderung von Gratisaktien und die Regierung wird die Aufwertung der Aktien auf Goldwert bei der Entschädigung zugestehen.

Die Grundlagen für die österreichische innere Anleihe.

Wien, 1. Juli. Die Regierung wird in kommender Woche die Vorlage über die innere Anleihe einbringen. Erfaßt wird der ganze mobile und immobile Besitz. Bei dem immobilen Besitz wird der bürgerliche Grundbesitz mit einer Generalhypothek belastet, welche das 10 000fache der Grundsteuer von 1919 beträgt. In diesen Vorschlag sind die Agrarier einbezogen. Bei dem mobilen Besitz unterscheidet der Staat zwischen Aktiengesellschaften und anderen der besonderen Erwerbssteuer unterliegenden Unternehmungen und Einzelpersonen. Bei den A.-G. beträgt die Steuer 15 Prozent des gesamten Aktienkapitals nach einem noch nicht bestimmten Stichtage, bei den der besonderen Erwebssteuer unterliegenden Unternehmungen wird die Steuer das 20fache von 1920 erreichen, der städtische Hausbesitz soll das 600fache von 1919 bezahlen. Für alle diejenigen, die von der allgemeinen Erwerbssteuer betroffen werden, gilt als Maßstab das 33fache von der Wertsteuer 1922.

England.

Das englische Unterhaus über Deutschland.

London, 1. Juli. Im Unterhause erklärte Stanley im Namen des Kriegsministers auf eine Anfrage, Deutschland dürfe gemäß der Boulogner Note vom Juni 1920 eine Polizeimacht von insgesamt 150 000 Mann unterhalten. Die interalliierte Kommission habe nicht gemeldet, daß diese Zahl augenblicklich überschritten sei. Die deutschen Vorschläge für eine Umgestaltung der Polizeimacht würden gegenwärtig von der Kontrollkommission geprüft. Stanley teilte dann mit, daß die britischen Besetzungskosten am Rhein und in Oberschlesien vom 1. April bis 30. Juni 1922 etwa 600 000 Pfund Sterling betrügen. Nachdem Sir Robert Horne Angaben über die Ergebnisse der deutschen Einkommensteuer für 1921 und 1922 gemacht hatte, verwies Harmsworth als Vertreter des Auswärtigen Amts auf seine Antwort vom 22. Juni. Kenworthy fragte, ob es nicht einleuchtend sei, daß die jüngsten Ereignisse in Deutschland es für die Republik unbedingt notwendig machten, eine ausreichende Polizeimacht zu unterhalten, und ob nicht alle dergleichen Fragen über die Polizeifrage die Monarchisten unterstützten. Auf diese Frage erfolgte keine Antwort.

Der Bürgerkrieg in Irland.

London, 1. Juli. Die irischen Meldungen sind etwas vorsichtig aufzunehmen, aber so viel zeigen sie doch, daß der Bürgerkrieg in vollem Gange ist, und daß die Aufständischen stärker sind, alz man hier erwartet hatte. In Dublin scheint Hauptstützpunkt noch immer nicht erstürmt zu sein, und das Schießen dehnt sich weiter aus, so daß die Geschäfte vollständig aufhörten. Außerhalb Dublins reißen die Aufständischen Schienen auf und sprengen Brücken. Von den drei Kabeln nach Irland ist das Dubliner bereits durchschnitten. Außerhalb Dublins schließt ein Postamt nach dem andern. Die Lage in Irland nimmt die hiesige Presse vollständig in Anspruch, so daß Poincarés letzte Drohrede nicht beachtet wurde.

Schwere Minenexplosion in Dublin.

London, 1. Juli. Die Rebellen in den Four Courts in Dublin ergaben sich gestern nachmittag. Churchill teilte im Unterhaus mit, daß bei den Kämpfen um die Gebäude die Regierungstruppen 30—40 Gefangene machten, darunter einen Kommandanten Bary, einen der Unterzeichner der Proklamation der republikanischen Armee. Gestern nachmittag standen die Gebäude in Flammen. Kurz darauf erfolgte eine heftige Explosion, die in allen Stadtteilen wahrnehmbar war. Viele Dokumente des Gerichts gingen mit in die Luft. Unter einen von Regierungstruppen besetzten Raum war eine Mine gelegt worden. Durch diese Explosion wurden 80 Personen getötet oder verletzt.

Rußland.

Die Nischninowgoroder Messe.

Berlin, 1. Juli. Die Wiedereröffnung der Messe von Nischninowgorod, einer der ältesten der Welt, wird nach vierjähriger Pause am 1. August wieder durchgeführt und bis zum 15. September erfolgen. Zur Teilnahme wird der staatliche, genossenschaftliche und private Handel herangezogen. Die Vorbereitungen werden in Sowjetrußland eifrigst betrieben. Die Messe soll eine ausgesprochene Mustermesse sein. In russischen Kreisen wünscht man eine lebhafte Beteiligung des Auslandes.

Reparationen und Sanktionen.

Eine neue Drohrede Poincarés.

Paris, 1. Juli. Anläßlich der Interpeation der Senatoren de Jouvenel und S. Albert bezüglich der Bedingungen, unter denen die Regierung sowohl im Haag wie bei den Verhandlungen mit den Alliierten die französische Reparationspolitik und die Politik des europäischen Aufbaues zu verfolgen gedenkt, erklärte Ministerpräsident Poincare ungefähr folgendes:

Die deutsche Industrie habe sich wesentlich bereichert, aber der Nutzen sei ins Ausland gegangen. Deutschland mache übertriebene Ausgaben, es baue und vermehre seine Handelsflotte. Das Reich habe sich mit 18 Milliarden an diesem Unternehmen beteiligt, die es den Alliierten hätte geben können. Auch kaufe Deutschland seine an England gelieferten Schiffe wieder zurück und baue neue in ungeheuren Mengen. Die deutsche Handelsflotte nehme den dritten Platz in der Welt ein. Deutschland habe seinen Traum der wirtschaftlichen Hegemonie wieder aufgenommen. Auch im Eisenbahnbau gehe Deutschland so weit, daß es Linien baue, die einen strategischen Charakter hätten und die vor dem Kriege vom Generalstab vorgesehen gewesen seien. Diese Luxusausgaben könne man nicht dulden, es sei denn, daß Deutschland seine Schulden bezahle. Wenn ein deutscher Minister sich geneigt zeige, einen Teil der Reparationen zu bezahlen, dann ließen ihn die geheimen Vereinigungen ermorden. Wenn die Reparationskommission eine böswillige Verfehlung Deutschlands feststelle, dann habe jeder der Alliierten nach dem Friedensvertrage das Recht, Sanktionen zu ergreifen. Wir werden auf keines der Rechte verzichten, die uns der Friedensvertrag zu erkennt. Wenn wir anstelle eines Vertrages, den wir für unbefriedigend halten, einen anderen setzen, müssen wir uns mit den Alliierten, ja sogar mit den feindlichen Nationen verständigen. Da wir sofort Geld nötig haben, sind wir gezwungen, die Reparationen in natura, also die Sachlieferungen, zu entwickeln und die deutschen Arbeiter nutzbar zu verwenden.

Poincare spricht alsdann von der internationalen Anleihe, die in Wirklichkeit eine deutsche Anleihe sei. Die jetzige französische Regierung sei Anhängerin davon, aber man müsse den richtigen Augenblick wählen; bevor man eine Anleihe ins Auge fasse, müßten die deutschen Finanzen sich gebessert haben. Aber jetzt schon eine Anleihe aufzunehmen, heiße mit dem Ende beginnen. Angesichts der schlechten Lage Deutschlands hätten die Bankiers den Gedanken einer Herabsetzung der Schuld ins Auge gefaßt: das haben wir nicht annehmen können. Er (Poincare) sei Anhänger der Liquidierung der internationalen Schulden unter der Bedingung, daß die Franzosen nicht allein die Kosten zu tragen hätten. Die erste Maßnahme, die ergriffen werden müsse, sei die Organisation der Kontrolle über die deutschen Finanzen. Entziehe sich dem Deutschland, dann gebe es einen Beweis seines schlechten Willens und die Alliierten könnten kollektiv oder getrennt die erforderlichen Sanktionen ergreifen. Frankreich wünsche den Ruin von niemand, es könne aber nicht dulden, daß Deutschland sich auf seine Kosten bereichere. — Damit wurde eine Vertrauenskundgebung angenommen.

Die Haager Konferenz.

Die Sitzung der nicht russischen Kommission für Privateigentümer.

Haag, 1. Juli. Heute ist die nichtrussische Kommission für Privateigentümer zu einer Sitzung zusammengetreten zur Besprechung der gestern von der russischen Delegation zur Sprache gebrachten Pläne betreffend den Besitz der Wertpapiere in den Ländern der verschiedenen Delegationen. Mitteilungen über die Besprechungen in diesen Sitzungen konnten nicht gemacht werden. Wie wir vernommen haben, sollen die Sowjetdelegierten große Mengen Informationen über die heutigen und früheren Besitzer russischer Wertpapiere, Obligationen usw. verlangen, besonders über den Umfang der in jedem Lande befindlichen Papiere. Es verlautet, daß die Russen vielleicht die Absicht haben, dadurch in der Lage zu sein, Konzessionen zugunsten der kleinen Staaten, die infolge der russischen Revolution alles verloren haben, anzubieten. In holländischen Finanzkreisen ist eine gewisse Unruhe und Mißstimmung eingetreten, weil im allgemeinen gerade in Holland die Kapitalkräftigen es sind, die von der Annullierung der russischen Schulden betroffen sind. U. a. hat, wie verlautet, Seine Majestät die Königin Mutter nahezu ihr ganzes Vermögen durch die Revolution verloren, weshalb sie seit einigen Jahren gezwungen ist, ihr Budget zu beschränken, Wälder zu verkaufen, Personal zu entlassen usw. Dasselbe gilt von dem Hauptteil des holländischen Adels im Gegensatz zu Frankreich, wo zum großen Teile kleine Leute Besitzer von russischen Wertpapieren sind. Eine der größten Zeitungen in Holland verlangt von der holländischen Delegation hierzu energische Stellungnahme.

Die Haager Delegierten auf Reisen.

Haag, 1. Juli. Der Präsident für die Schuldenkommission Alphand ist wegen Familienangelegenheiten nach Paris abgereist. Auch der französische Delegierte Massigles ist nach Paris gefahren, um der französischen Regierung Bericht zu erstatten.

Sokolnikow das Opfer der Journalisten.

Haag, 1. Juli. Sokolnikow hat sich dem Berichterstatter des „Matin" gegenüber wie folgt geäußert: Wir wollen über die Kriegsschulden garnicht mehr sprechen, weil die Sowjetregierung erklärt hat, daß sie diese nicht anerkennt. Die Frage der Schulden vor dem Kriege müsse aber sorgfältig untersucht werden.

Litwinoff über seinen Kredithunger.

Haag, 1. Juli. Nachdem Litwinoff seine Kreditforderungen präsentiert hatte, gab er die gewünschten Erklärungen ab. Er bemerkte, daß vor dem Kriege Rußlands Reichtum 950 Milliarden Goldrubel betragen habe, der nach einigen Jahren auf 12 bis 15 Milliarden, durch den Weltkrieg und ganz besonders die Interventionskriege reduziert wurde. Die Interventionen allein kosteten die russische Regierung 40 bis 50 Milliarden. Es sei natürlich im gegenseitigen Interesse, daß Rußland so schnell wie möglich wieder aufgebaut werde. Er brauche den inneren Zusammenhang der Interessen aller Nationen nicht hervorzuheben, da das Lloyd George in so vorzüglicher Weise ausgeführt habe. Betonen möchte er noch, daß man Rußland nicht stückweise wieder aufbauen, nicht das eine aufbauen und das andere vernachlässigen könne. Die Summen seien so sehr wie möglich eingeschränkt. Bei der Landwirtschaft zum Beispiel sei die ursprünglich vom Departement aufgesetzte Summe um zwei Drittel reduziert, bei einigen Industrien noch mehr. Gebraucht würden im ersten Jahr natürlich größere Mittel. Die Summe gäbe nur an, was in ausländischer Währung notwendig sei und seien nur ein Prozentsatz von dem, was die russische Regierung zu zahlen haben werde. Post-, Telegraphen- und öffentliche Gesundheitspflege seien nicht einbezogen. Auch gewisse Industrien wie Naphtha und Petroleum seien nicht berücksichtigt, weil davon Konzessionen vergeben werden können an Konzessionäre, die das notwendige Kapital selbst hätten, ferner Summen, welche die Zentralregierung brauche.

Der französische Vertreter sagte, die Zahlen seien sehr interessant aber ungeheuer groß. Er schlug vor, daß Litwinoff ein ausführlich erklärendes Memorandum niederschreiben solle, damit man ruhig überlegen könne, wobei er feststelle, daß der Goldrubel von Rußland im Verhältnis zum Dollar gerechnet ist, der Goldrubel gleich ungefähr 50 Cent.

Berliner Finanz- und Wirtschaftsbrief.

Die Reichsbank hat die Ankaufspreise für Gold abermals heraufgesetzt. Sie zahlt jetzt vierzehnhundert Mark für ein Zwanzigmarkstück, also den siebzigfachen Nennwert. Noch vor einem Jahre konnte die Reichsbank ein Zwanzigmarkstück für dreihundert Mark kaufen. Man ersieht auch hieraus, wie rapide die Entwertung der Mark im letzten Jahre fortgeschritten ist. Die letzte Woche hat uns einen neuen Höhepunkt der Devisenkurse und damit der Markentwertung gebracht. Der Dollar hat den Kurs von dreihundertfünfzig Mark überschritten. Schuld daran trägt in erster Linie die an Rathenau begangene grauenhafte und sinnlose Mordtat, die den Kredit und das Ansehen Deutschlands im Auslande aufs neue erheblich geschädigt hat. Allerdings waren die Aussichten auf eine baldige große Anleihe für Deutschland schon vorher fast auf den Nullpunkt gesunken, und damit war auch die Mark bereits auf den Weg zu neuem Absturz gestoßen worden. Aber es ist zweifellos, daß durch die Mordtat und die aus ihr sich ergebenden schweren innerpolitischen Erschütterungen und Parteikämpfe die große internationale Anleihe, deren wir so dringend bedürfen, in noch weitere Ferne gerückt worden ist. Hand in Hand mit der neuen Geldentwertung geht die wiedergewaltig anschwellende Teuerungswelle, die dann ihrerseits wieder Lohnforderungen, soziale Reibungen und Kämpfe und damit Verminderung der Arbeitsleistungen nach sich zieht. Die Schwierigkeiten, denen unsere industrielle Produktion, — neben der landwirtschaftlichen die wichtigste Grundlage unserer wirtschaftlichen Existenz — unterliegt, wachsen und vermehren sich ständig. Zu der Verteuerung aller Produktionsmittel gesellt sich die gegenwärtig wieder empfindliche fühlbaren Kapitalknappheit. Trotz der schnellen Vermehrung unserer papierenen Zahlungsmittel schwillt die Teuerung noch erheblich schneller an. So erklärt sich die außerordentlich starke Anspannung auf dem Kapitalmarkt. Die Kapitalknappheit ist es gegenwärtig, vor allem, die unsere Industrie an weiterer Ausdehnung hindert. So nur ist es zu verstehen, daß die Industriewerte trotz der hohen Devisenkurse eher Neigung zum Abbröckeln als zum Ansteigen zeigen. Führende industrielle Werte bieten bei den heutigen Kursen bereits wieder eine recht annehmbare Verzinsung des Anlagekapitals und daneben noch mit Rücksicht auf die dahinter stehenden Goldwerte eine ungewöhnlich große Sicherheit. Trotzdem hält sich das flüssige Kapital, soweit solches vorhanden ist, den Effektenmärkten sichtlich fern, weil es eben im Warenhandel und bei direkter Anlage in der Industrie und auf dem Warenmarkt erheblich höhere Verzinsung findet. Man hat festgestellt, daß für Gelder, die für Waren- oder Devisenkäufe hergegeben werden, bereits vielfach eine zwanzigprozentige Verzinsung geboten wird. Natürlich wirkt die Geldteuerung indirekt auch wieder verteuernd auf die Waren und damit auf die allgemeine Lebenshaltung.

Das Anwachsen der Teuerung in Deutschland ist um so bedenklicher, als bei einer Reihe ausländischer Konkurrenten ein Stillstand oder sogar ein langsamer Rückgang der Teuerung festzustellen ist. Das gilt besonders für Holland und die Schweiz aber auch in geringerem Umfange für England und Frankreich. Diese Entwicklung ist für unsern Außenhandel überaus gefahrvoll, denn die rapide steigende Inflation der Inlandspreise kann auf die Dauer auch durch die Valutaprämien ausgeglichen werden. Infolgedessen wird der Ruf nach einem Abbau oder einer Umgestaltung der Ausfuhrabgaben aus industriellen Kreisen immer lauter und dringender erhoben. Einige Tarifänderungen sind bereits in letzter Woche erfolgt. Aber durchgreifende Maßnahmen sind um so notwendiger als die angekündigte neuerliche fünfundzwanzigprozentige Erhöhung der Gütertarife die schon am 1. Juli in Kraft treten soll, abermals eine nicht unwesentliche Erhöhung der Selbstkosten für zahlreiche wichtige Industriezweige mit sich bringt. Mit Rücksicht auf diese Frachtverteuerung hat z. B. der Eisenwirtschaftsbund bereits wieder eine mehr als fünfzehnprozentige Erhöhung aller Eisenpreise vornehmen müssen. Eine weitere Preiserhöhung steht infolge der schon angekündigten Kohlenpreissteigerung bevor. Das geschieht in demselben Augenblick, in dem die belgische Eisenindustrie Preisherabsetzungen vornimmt um ihren Kundenkreis auszudehnen. Es ist klar, daße diese Entwicklung zu einer schweren Gefährdung der deutschen Industrie und insbesondere des deutschen Außenhandels führen muß. Sie ist es, die neben der Kapitalnot die Kurse der industriellen Aktien nicht zu einer der Geldentwertung entsprechenden Kurssteigerung gelangen läßt.

Aus Castrop und Umgegend.

❑ **Der Castroper Haushaltsplan für 1922** ist im Entwurf von heute ab 8 Tage lang im städtischen Verwaltungsgebäude I, Zimmer 10, zur Einsicht aller Einwohner der Stadt offen gelegt. Die Beratung des Haushaltsplanes seitens der Stadtverordneten findet in der nächsten, baldigst einzuberufenden Sitzung statt.

♂ **Castroper M.-G.-V.** Am 9. Juli nachmittags 3 Uhr veranstaltet der Castroper M.-G.-V. in den Gartenanlagen des Wirtes Meyer am kath. Friedhof ein Gartenkonzert. Der schön gelegene Garten in seiner friedlichen Umgebung wird an heißen Sommertagen recht häufig von zahlreichen Ausflüglern der näheren Umgebung aufgesucht und eignet sich gut für ein Konzert im Freien. Das Progamm ist ganz mit Rücksicht auf den Aufenthalt im Freien zusammengesetzt und bringt in seinem ersten Teile Lieder, die Naturfreude atmen und die Lust am Wandern zum Ausdruck bringen. Der zweite Teil bringt Lieder heiteren Inhalts und schließt mit einem heimatlichen Akkord. Auch die mitwirkende Mandolinenkapelle, die 15 Mann stark ist und von Richard Hanisch geleitet wird, hat ein sehr ansprechendes Programm aufgestellt. Wenn der Wettergott ein freundliches Gesicht zeigen wird, zweifelt der Mt-G.-V. nicht daran, daß allen Besuchern genußreiche Stunden bevorstehen. Eintrittskarten zum Preise von 10 Mk. sind bei den Mitgliedern des Vereins zu haben.

✉ **Ausländer in Castrop.** Nach einer von der Stadtverwaltung gemachten Aufstellung befanden sich in der Stadt Castrop am 15. Mai 1922 folgende Ausländer: Holländer: 31 männliche, 19 weibliche; Schweizer: 4 m, 1w.; Belgier: 2 m., 1 w.; Franzosen: 2 m., 1 w.; Engländer: 1 m.; Italiener 6 m., 4 w.; Polen (ausschließlich der für Polen optierten): 151 m., 57 w.; Russen: 41 m., 9 w.; Tschecho-Slowaken: 71 m., 23 w.; Ungarn: 12 m., 7 w.; Deutschösterreicher: 79 m. und 67 w. Die Statistik führt außerdem noch 17 m. bezw. 8 w. „Böhmen" auf, die auch wohl den Tschecho-Slowaken zuzuzählen sind.

⊙ **Aus dem Polizeibericht.** Wegen eines Einbruchsdiebstahls, den es in Ostpreußen verübte, wurde ein deswegen von einer auswärtigen Behörde gesuchtes Dienstmädchen von der hiesigen Polizei festgenommen. Da es geständig war und kein Fluchtverdacht vorliegt, so wurde es nach der Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt. Die bei ihr vorgefundenen gestohlenen Sachen wurden beschlagnahmt.

♀ **Festgenommen** und dem Amtsgericht zugeführt wurde seitens der hiesigen Polizei ein Dienstmädchen, das in Remscheid einen größeren Diebstahl ausführte. Der Verbleib der gestohlenen Sachen konnte ermittelt und das Diebesgut beschlagnahmt werden, sodaß der rechtmäßige Eigentümer sein Hab und Gut wiedererlangen wird.

⊙ **Die gemeindlichen Wohnungsbauabgabe-Zuschläge im Ruhrkohlenbezirk.** Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat der Stadt Hamborn den beantragten Zuschlag von 75 Prozent zur Wohnungsbauabgabe, also das Dreifache der staatlichen Sätze, worauf sich die Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrkohlenbezirks geeinigt hatten, genehmigt. Er hat sich aber noch nicht zu dem Wunsche der Gemeinden geäußert, die Genehmigung bis zu dieser Höhe dem Verbandspräsidenten zu übertragen. Es liegen schon eine ganze Reihe weiterer Anträge auf Genehmigung von 75 Prozent Zuschlägen von großen wie von kleinen Gemeinden vor. Nur wenige Anträge bleiben unter dem vereinbarten Satz, wie z. B. Gelsenkirchen, das nur 55 Prozent beantragt hat. — Zu Verfolg der Kölner Verhandlungen über die Ausgestaltung der Wohnungsbauabgabe fand am Montag in Duisburg eine weitere Besprechung statt, an der Vertreter der Verwaltungen und der Stadtverordnetenversammlungen von Köln, Düsseldorf, Duisburg, Essen und Dortmund teilnahmen. Es bestand Einmütigkeit darüber, den Stadtverordnetenversammlungen vorzuschlagen, die Wohnungsbauabgabe für 1922 auf das Zwölffache des staatlichen Satzes zu erhöhen, so daß also einschließlich des staatlichen Satzes von 25 Prozent insgesamt 325 Prozent der Friedensmiete zur Erhebung kommen. Gleichzeitig wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der bezüglich der Anwendung des Härteparagraphen Richtlinien aufstellen und Gutachten zu der Frage der unmittelbaren Erhebung der Wohnungsbauabgabe bei den Mietern und einer eventl. stärkeren Heranziehung von gewerblichen Räumen, insbesondere von Läden und Büros, abgeben soll. — Wenn dieser Beschluß genehmigt wird — woran noch sehr zu zweifeln ist, da die Steigerung eine zu große sein würde — müßte man mindestens das Fünffache der Friedensmiete zahlen. Der Verbandspräsident hat bisher einen höheren Satz als der Staat nicht genehmigt.

In Castrop stand bekanntlich in der letzten Stadtverordnetensitzung die Erhöhung der gemeindlichen Abgabe von 15 auf 75 Prozent auf der Tagesordnung. Die Verhandlung wurde aber vertagt.

Ein Vorschlag zur Güte.

Allen, die wider Erwarten die neuerliche geringe Erhöhung des Bezugspreises für unsere Zeitung für zu hoch halten, unterbreiten wir folgendes Vermittlungsangebot:

Wir sind bereit, den Bezugspreis auch in Naturalien anzunehmen zu dem Verhältnis von 1913/14. Die Zeitung kostete damals 65 Pfg. monatlich. Demgemäß kann als Bezugspreis jetzt auch abgegeben werden: 13 Eier, 1 Pfund Schweinefleisch, 4 Pfund Weizenmehl, 1 Pfund Schmalz, 1 Liter Rüböl, 2 Pfund Rosinen, 1 Pfund gute Leberwurst, 6 Steingutteller, 2 Tassen mit Goldrand.

Wir glauben, wir können mit der Aufzählung aufhören, denn der Zweck der Uebung dürfte erreicht sein, und jeder unserer verehrlichen Bezieher eingesehen haben, wie sehr der heutige Bezugspreis der Zeitung, selbst an den Zulandsverhältnissen gemessen, hinter dem der Friedenszeit zurückbleibt. Es wird wohl jeder die Zahlung in 39 Mk. in Papiergeld der Zahlung in Naturalien vorziehen; denn 13 Eier kosten 84,50 Mk., 1 Pfund Schweinefleisch 65—70 Mk., 4 Pfund Weizenmehl ca. 50 Mk., 1 Pfund Schmalz 65 Mk., 1 Liter Rüböl 60—70 Mk., 1 Pfund gute Leberwurst 60—70 Mk., 2 Pfund Rosinen 90 Mk. Das ist jeweils das doppelte bis dreifache des Bezugspreises unserer Zeitung ab 1 Juli. Die Zahlenbeispiele kann sich jeder selbst um ein vielfaches vermehren. Das tägliche Leben gibt leider nur zu viel Beispiele an die Hand.

⊙ **Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund,** Sitz Berlin, sendet uns folgende sehr beherzigenswerte Zeilen: Die Volkskundgebungen in Berlin anläßlich der deutschen Reichsfahrt des Wiener Männergesangvereins übertrafen mit ihrem gewaltigen Massenaufgebot weitaus das Maß des Gewohnten, und sie unterschieden sich von ähnlichen Festen der älteren Zeit bedeutsam durch den ernsten und einmütigen Ausdruck des allgemeinen deutschen Volkswillens, der auf die staatliche Einheit aller deutschen Stämme und den Anschluß Oesterreichs an die deutsche Republik gerichtet ist. Um aber zu beweisen, daß nicht nur augenblickliche festliche Begeisterung, sondern gefestigte Ueberzeugung sich kundgegeben hat, müssen sich die deutschen Volkskreise, ohne Unterschied der politischen Parteistellung des Einzelnen, um den Oesterreichisch-Deutschen Volksbund scharen, der die Gesamtorganisation der Anschlußbewegung ist. Durch den Beitritt einer imposanten Zahl von Mitgliedern zum Oesterreichisch-Deutschen Volksbund unmittelbar unter dem Eindruck der festlichen Tage soll der alte Wahlspruch: „Lied wird Tat" Erfüllung finden. Für den Vorstand des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes: Reichstagspräsident Paul Löbe, 1. Vors., Schriftsteller Hermann Kienzl, 2. Vors., Abg. Prof. Dr. Hoetzsch, 3. Vors. Die Geschäftsstelle des Gau Rheinland-Westfalen befindet sich in Essen, Steelerstr. 17. Das Vereinslokal der Ortsgruppe Castrop befindet sich Castrop, Bochumerstr., Wirtschaft Schween.

⊙ **Postkreditbriefe.** Auf die Einrichtung der Postkreditbriefe wird erneut aufmerksam gemacht. Sie erleichtern bei Reisen den Zahlungsverkehr wesentlich. Der besondere Vorteil der Postkreditbriefe besteht darin, daß der Inhaber seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des Deutschen Reiches in einfachster Weise ergänzen kann. Bestellungen auf Kreditbriefe nimmt jede Postanstalt entgegen.

☞ **Erhöhung der Gebühren für Pakete, Telegramme und Ferngespräche im Auslandsverkehr.** Die weitere Verschlechterung des deutschen Markkurses zwingt die Postverwaltung, bei der Gebührenerhebung im Auslands-, Paket- und Telegrammverkehr sowie für eFrngespräche nach dem Ausland das Umrechnungsverhältnis für den Goldfranken mit Wirkung vom 1. Juli an auf 70 Mk. bisher 60 Mk.) zu erhöhen. Das neue Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

*

⊙ **Ranzel.** (Kinderhilfe.) Die Kinder aus Ranzel, Merklinde und Bövinghausen, welche seitens des hies. Wohlfahrtsamtes im St. Vinzenz-Stift in Werne untergebracht wurden, treffen am Dienstag, den 4. Juli, abends 8,16 Uhr auf dem Bahnhof Castrop ein. Die Eltern werden gebeten, die Kinder dann in Empfang zu nehmen.

Aus dem Emschertal.

* **Habinghorst.** (Eine Sitzung der Gemeindevertretung) fand unter dem Vorsitz von Herrn Amtmann Schulze am Freitag im Gemeindegasthause statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte namens der Sozialdemokraten Herr Gemeindeverordneter Waid den Dringlichkeitsantrag ein, folgende Straßen in Habinghorst umzubenennen. Es sollen nach dem Antrage fürderhin heißen: die Kaiserstraße Erzbergerstraße, die Kronprinzenstraße Scheidemannstraße und die Prinz Heinrichstraße Rathenaustraße. Den übrigen Parteien kam der Antrag zu überraschend, sodaß man die Beschlußfassung über ihn vertagte. Ein weiterer aus den jüngsten politischen Ereignissen geborener Antrag, für die Schulen Fahnen in den vorgeschriebenen preußischen und deutschen Farben zu beschaffen, wurde angenommen. Der Erhöhung der Marktstandsgebühren wurde gemäß der amtlichen Vorlage zugestimmt. Von der weiteren Erhöhung des Wasserpreises wurde Kenntnis genommen. Die Gebühren für Erbgruften wurden entsprechend der Teuerung erhöht. Die Entschädigung für die Gemeindefuhren wurde je Fuhre ohne Fuhrmann auf 360 Mk. festgesetzt. Die Entschädigung für die Mitglieder der Gemeindevertretung und der kommunalen Ausschüsse wurde je Sitzungsteilnahme von 10 auf 30 Mk. erhöht. Von einem Ersetzen des durch die Teilnahme an den Sitzungen entgangenen Arbeitsverdienstes, wie ihn der weitergehende sozialdemokratische Antrag vorsah, nahm man wegen der damit verbundenen hohen Belastung der Gemeinde Abstand. Man will sich aber von amtswegen mit den in Frage kommenden Arbeitgebern in Verbindung setzen, damit die Arbeitszeit der Verordneten und Kommissionsmitglieder jeweils so gelegt wird, daß ihnen die Teilnahme an den Sitzungen möglich wird ohne den Verlust von Arbeitsverdienst. Dem Antrag der Schauburg-Lichtspiele um Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer wurde nicht entsprochen. Der Wortführer der Sozialdemokraten Wald bezeichnete den Antrag als eine direkte Unverschämtheit, weil doch gerade gegen dieses Kino ein Verfahren wegen Unregelmäßigkeiten bei der Verausgabung von Eintrittskarten schwebt. Mit dem gleichen Ausdruck belegte er die von dem Inhaber der Schauburg-Lichtspiele in die Presse gebrachte „Berichtigung", die nichts darstelle als ein Vertuschungs- und Verschleierungsmanöver und eine ungerechtfertigte Beschuldigung der Konkurrenz. Zum Beweis der Wahrheit seiner Ausführungen und der gegen das betreffende Kino erhobenen Anschuldigungen führte er 16 festgestellte Fälle an, für die durch Beibringung von Zeugen und Unterlagen der Beweis gestellt werden kann, daß tatsächlich Unregelmäßigkeiten, die nur Steuerhinterziehung zum Zwecke haben können, vorgekommen sind. Er selbst war damals als die behördlichen Feststellungen in den Schauburg-Lichtspielen erfolgten, im Vorführungssaal, er könne also aus eigener Erfahrung sprechen. In den Volkskreisen, die er zu vertreten habe, herrsche eine große Erbitterung gegen den Kinoinhaber, weil er durch seine Manipulationen den Gemeindesäckel in genau gar nicht abzuschätzender Höhe geschädigt habe. Man sei daher durchaus nicht gewillt, ihm Steuernachlässe zu bewilligen, sondern könne es eher verstehen, wenn der Betrieb infolge der Vorkommnisse polizeilich geschlossen würde. Redner erging sich dann in der Schilderung der Einzelheiten der Feststellungen. Nach ihm sind Eintrittskarten statt am Coupon in der Mitte durchgerissen, vom Kontrolleur gesammelt und dann zweimal verwandt worden, so daß für zwei Besucher nur einmal die Lustbarkeitssteuer bezahlt wurde. Im Laufe der Aussprache bestätigte Herr Amtmann Schulze das vom Vorredner vorgebrachte Material, sagte aber, daß man zu einer Schließung des Kinos noch nicht schreiten könne, weil dafür erst der Ausgang der richterlichen Behandlung des Falles abzuwarten sei. Anstelle des Armenpflegers Bergmann Birkholz wurde Herr Karl Simonis gewählt. Für den verzogenen Bergmann Andreas Jasdonczyk wurde in die Gemeindegasthausdeputation der Wirt Hubbert gewählt. Den vorliegenden Einbürgerungsanträgen wurde zugestimmt. Die Maurer- pp. Arbeiten für die von der Gemeinde geplanten Bauten wurden an Bögerbor und Schick vergeben, die Zimmererarbeiten bekam Drever, auch die kleineren Aufträge wurden heimischen Handwerkern und Unternehmern zugedacht. Die Installationsarbeiten sollen nochmals ausgeschrieben werden, um 2 hiesigen Geschäften, die sich aus Unkenntnis nicht beworben hatten, noch Gelegenheit zu geben, sich zu melden.

Sämtliche Buchbinder-Arbeiten
liefert prompt 7884
Buchbinderei H. Krawinkel, Castrop-Schwerin.

Ich bin befreit
v. allen Hautunreinigkeiten u. Hautausschlägen, wie Blütchen, Finnen, Pickeln, Hautröte usw. durch tägl. Gebrauch der echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.

Ein Vermächtnis.

Roman von W. Waldbröhl.

20

(Nachdruck verboten.)

„Und was folgern Sie aus alledem in Bezug auf das hier verübte Verbrechen? Glauben Sie vielleicht, daß auch diese gegen ein junges Mädchen verübte Bluttat in irgend welchem Zusammenhang stehen könnte mit den dynastischen Angelegenheiten, für die jener mysteriöse Herr von Hagen angeblich tätig ist?"

Der Kommissar zuckte die Achseln.

„Ich glaube einstweilen gar nichts! Aber ich würde auch durch nichts in Erstaunen versetzt werden. An einen gewöhnlichen Einbrecher, dem es um Geld oder Geldeswert zu tun gewesen wäre, denke ich schon längst nicht mehr. Von einem eifersüchtigen Liebhaber oder dergleichen kann bei der Jugend der beiden Damen, bei der Eingezogenheit ihres Daseins und der Musterhaftigkeit ihrer Lebensführung kaum die Rede sein. Bleibt also nur die Annahme, daß der Mörder anderen, uns vorläufig unbekannten Interessen zu dienen suchte. Warum sollten diese Interessen nicht schließlich dieselben sein, die Herr von Hagen verfolgt?"

Doktor Hellbach dachte ein wenig nach, dann schüttelte er den Kopf.

„Das sind Kombinationen, denen ich vorläufig noch nicht zu folgen vermag. Und — Sie werden mir diese Offenheit nicht übel nehmen, lieber Freund! — es will mir beinahe scheinen, als ob Sie in Gefahr wären, sich auf phantastischen Irrwegen zu verlieren. Warum nach romanhaften politischen Motiven suchen, solange die viel näher liegende Möglichkeit besteht, daß das unglückliche junge Mädchen der Habgier oder der Mordlust eines gemeinen Verbrechers zum Opfer gefallen ist?"

Der Beamte zeigte sich durch diesen Zweifel nicht im mindesten gekränkt.

„Genau dasselbe habe ich vorhin von dem Herrn Untersuchungsrichter zu hören bekommen, der mich ohne Zweifel in der Stille seines Herzens gleich Ihnen für einen in blöde Hirngespinste verwickelten Phantasten hält und mir nicht undeutlich zu verstehen gegeben hat, daß er in der bisherigen Ergebnislosigkeit meiner Nachforschungen einen bedenklichen Mangel an kriminalistischer Tüchtigkeit erblickt. Gerade deshalb war mir soviel daran gelegen, mit Ihrer Patientin zu sprechen. Nicht über den Hergang der Tat wollte ich sie befragen; denn ich bin schon jetzt fest überzeugt, daß sie darüber nicht das Geringste zu sagen weiß, sondern ich gedachte den Zusammenhängen nachzuspüren, die zwischen den Zwillingsgeschwistern und dem Herrn von Hagen bestehen. Aber wenn Sie sagen, daß das Erinnerungsvermögen des jungen Mädchens vollständig erloschen ist, so muß ich wohl auch diese schwache Hoffnung fahren lassen."

„Ich sage nicht, daß es für immer erloschen sein wird, lieber Herr Gruber! Nach und nach, oder vielleicht auch eines Tages ganz plötzlich, wird es sich wohl wieder einstellen. Und dann wird niemand Sie daran hindern können, Ihre Fragen an Fräulein von Reichenau zu richten. Dafür, daß sie Ihnen nicht aus bösem Willen etwas verheimlichen und Sie nicht aus bösem Willen irreführen wird, glaube ich mich, wie gesagt, verbürgen zu können."

„Na ja! Warten wir es also ab!" erklärte der Kommissar mit einem kleinen Seufzer der Resignation. „Nur eine Frage noch, Herr Doktor! Darf ich in dieser Angelegenheit auch weiterhin auf Ihren freundschaftlichen Beistand zählen?"

Gruber erhob sich und reichte ihm die Hand.

„Ich danke Ihnen für diese Zusage! Denn ich habe die Empfindung, daß Ihre Hilfe mir eines Tages von größtem Werte sein wird. Sie werden mich also sofort benachrichtigen, wenn Sie der Meinung sein sollten, irgend eine interessante Wahrnehmung gemacht zu haben?"

„Ich verspreche es Ihnen auf das bestimmteste. Die Schonung, die Sie jetzt auf meine Bitte der armen Patientin gewähren wollen, macht mich ohnehin zu Ihrem Schuldner."

Damit trennten sie sich als gute Bundesgenossen, und Hellbach hätte Muße gehabt, die angenehme Gedankenkette weiterzuspinnen, die vorhin durch das Erscheinen des Kommissars unterbrochen worden war. Aber der Inhalt seines mit Gruber geführten Gespräches machte es ihm unmöglich. Zwar hatte seine Ueberzeugung von der makellosen Lauterkeit der jungen Baronesse von Reichenau auch durch die Mitteilungen des Kriminalisten nicht erschüttert werden können; aber die Atmosphäre des Geheimnisses, die seine schöne junge Patientin umgab, wirkte doch peinigend und beklemmend auf ihn ein, und inniger als je zuvor hegte er jetzt den Wunsch, daß eine gnädige Schicksalsfügung bald Licht in das Dunkel bringen möge, das seine Schatten auch auf das liebliche Bild der durch seine ärztliche Kunst vom Tode Geretteten warf.

„Unbedingt! Ich bin selber viel zu sehr an einer Aufklärung des abscheulichen Verbrechens interessiert, als daß ich nicht mit Freuden alles tun sollte, was in meinen Kräften steht, um zu dieser Aufklärung beizutragen."

8. Kapitel.

Ein halbes Geständnis.

Was der Kommissar Gruber von der Mißstimmung des Untersuchungsrichters gesagt hatte, traf vollständig. Die Tüchtigkeit des Polizeibeamten gesetzt hatte, desto ärgerlicher war die Enttäuschung, die ihm die scheinbare Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen bereitete. Die Frankenthaler Zeitungen fingen schon an, ihre Glossen darüber zu machen, daß der Mörder immer noch nicht entdeckt war, und an diesem Morgen hatte der Untersuchungsrichter sogar in einem hauptstädtischen Blatte lesen müssen, daß die Frankenthaler Behörden offenbar der ihnen gestellten Aufgabe wenig gewachsen seien. Das verdroß ihn begreiflicherweise um so gewaltiger, als er sich gerade von dieser, seiner Bearbeitung anvertrauten Sensationsaffäre eine gewisse Berühmtheit versprochen hatte. Und er war sehr geneigt, den phantastischen Schrullen des Kommissars die Schuld beizumessen, wenn diese erhoffte Berühmtheit sich jetzt schon beinahe in das Gegenteil verkehrt hatte.

In dieser Stimmung empfing er den höchst überraschenden Besuch desselben Herrn, der nach Grubers Meinung eine so überaus geheimnisvolle und verdächtige Persönlichkeit sein sollte. Der Gerichtsdiener meldete einen Herrn von Hagen, und statt des düsteren Verschwörers, auf den sich das naive Gemüt des Frankenthaler Untersuchungsrichters halb und halb gefaßt gemacht hatte, trat ein sehr elegant gekleideter, weltmännisch gewandter Herr in mittleren Jahren über die Schwelle des nüchternen Amtszimmers.

„Das klingt ja immer mysteriöser! Und was bringt Sie auf solche Vermutung?"

„Die Auskunft, die wir von den hauptstädtischen Behörden erhalten haben. Sie sind nämlich selber im Unklaren über die Bewandtnis, die es mit dem bewußten Hause und seinem Mieter hat. Herr von Hagen gilt zwar als einwandfreie Persönlichkeit, der sich nicht das Geringste nachsagen läßt."

„Aber," fuhr der Kommissar fort, „die geheime politische Polizei hat vor einiger Zeit von auswärts einen Wink erhalten, daß er in Beziehungen zu hochstehenden ausländischen Personen stehen und besondere politische Zwecke verfolgen müsse, über deren Natur man allerdings bis jetzt nicht unterrichtet ist."

„Ah, ein Spion also!"

„Vielleicht nicht gerade das! Es scheint sich vielmehr um Dinge zu handeln, die eine auswärtige Dynastie berühren, wegen deren man sich aber hier in Deutschland nicht allzu sehr aufzuregen braucht. Wahrscheinlich geschah es aus diesem Grunde, daß man den Herrn von Hagen bisher unbelästigt gelassen hat, obwohl es einigermaßen befremdlich scheinen muß, daß der Mann, der ein sehr elegant eingerichtetes und geräumiges Junggesellenquartier bewohnt, sich nebenher noch ein ganzes Haus gemietet hat, das er, wie die polizeilichen Recherchen ergeben haben, selten oder niemals betritt."

„Das nämliche Haus, in das sich die Zorka begeben hat — nicht wahr?"

„Ja, das nämliche. Wenn man nicht etwa annehmen will, daß sie Beziehungen zu dem Diener unterhält, der für gewöhnlich der einzige Bewohner ist, so bleibt nur die Vermutung, daß sie dort eine geheime Zusammenkunft mit Herrn von Hagen oder mit einer von den unbekannten Persönlichkeiten hatte, für die das Haus auf den Namen des Herrn von Hagen gemietet worden ist."

Sein Aussehen war so unverfänglich, und sein Benehmen von so ruhiger Sicherheit, daß der Herr Rat schon nach Verlauf von kaum zwei Minuten auch den letzten Argwohn fahren ließ, der vielleicht bis dahin noch in einem Winkel seiner Seele gelebt hatte, und daß er dem Besucher auch seinerseits mit der vollkommenen Höflichkeit des wohlerzogenen Mannes begegnete.

Herr von Hagen, der vorsorglicherweise alle nur wünschenswerten Ausweispapiere über seine eigene Person mitgebracht hatte, legitimierte sich als der von einem österreichischen Gericht in aller Form bestellte Vormund der verwaisten Zwillingsgeschwister Ada und Hilda von Reichenau.

Herr von Hagen gab dann mit dem Ausdruck ehrlichster Betrübnis sein tiefes Bedauern darüber kund, daß ihn die Nachricht von dem geschehenen Unglück erst mit so großer Verspätung erreicht habe, da er andernfalls selbstverständlich keinen Augenblick gezögert haben würde, nach Frankenthal zu eilen. Er erklär über die Einzelheiten des erschütternden Vorkomnisses auch jetzt noch nicht genau unterrichtet zu se und erbat sich von dem Untersuchungsrichter nähe Auskünfte, die ihm natürlich bereitwilligst erteilt wu den.

Auf die Frage, ob er selber vielleicht irgend welc Vermutungen hinsichtlich der Täterschaft hege, v meinte er mit größter Bestimmtheit.

„Wer hätte diesen armen, unschuldigen Mädch nach dem Leben trachten sollen?" rief er schmerzerfü aus. „Sie hatten sicherlich niemandem auf der ganz weiten Welt eine Veranlassung gegeben, sie zu hasse Und sie waren auch keinem Menschen im Wege. N ein fluchwürdiger Dieb kann das Verbrechen begang haben. Und ich hoffe, daß es der Obrigkeit gelin seiner habhaft zu werden damit die schrecklich eT deren Opfer damit freilich nicht wieder zum Leben e weckt werden kann, wenigstens eine angemessene Sü ne findet!"

Wenn auch für den Untersuchungsrichter durch d Eindruck, den die Persönlichkeit des Herrn von Hag auf ihn machte, alle abenteuerlichen Kombination des Kommissars Gruber hinfällig geworden waren, hegte er doch immer noch eine begreifliche Neugie etwas Näheres über die Verhältnisse und das bisheri Leben der beiden Baronessen zu erfahren, und der B sucher hegte nicht die geringsten Bedenken, ihm d gewünschten Aufschlüsse zu geben.

Danach waren sie die einzigsten Kinder eines öste reichischen Aristokraten, hatten schon im zartesten Ki desalter die Mutte und vor etlichen Jahren auch d Vater verloren und waren vor ihrer Uebersiedelu nach Frankenthal durch die Rücksicht auf die zarte G sundheit der jetzt ermordeten Baronesse Hilda fo immer genötigt gewesen, sich in Bädern und Kurort aufzuhalten. Daß er als ihr Vormund die kleine stil Stadt zu ihrem ständigen Aufenthalt ausersehen hatt war ebenfalls in erster Linie aus Rücksicht auf ih Gesundheit geschehen. Sie sollten vor den Aufregu gen und Anstrengungen des großstädtischen Lebens b wahrt bleiben, andererseits aber auch nicht zu der ni derdrückenden Einsamkeit eines Landaufenthaltes ve urteilt sein.

Als der Untersuchungsrichter in höflicher Umschre bung seinem Befremden darüber Ausdruck gab, d man ihnen lediglich diese sonderbare Gesellschafter beigegeben habe, erwiderte Herr von Hagen im Brus ton der Ueberzeugung, daß man sie gar keinen bess ren Händen hätte anvertrauen können, als denen di ser goldtreuen, gewissenhaften und pflichtbewußte Person, die ihnen seit ihrer frühesten Kindheit in g radezu mütterlicher Zärtlichkeit zugetan sei, und d der auch die Zwillinge von jeher in innigster Liebe g hangen. Wenn Zorka auf Leute, die sie nicht kannte einen etwas seltsamen, vielleicht sogar abstoßend Eindruck hervorbrächte, so erkläre sich das aus ihr Herkunft und aus gewissen herben Erfahrungen ihr Jugend, aber es sei für ihn nur ein Grund mehr g wesen, ihr seine Mündel anzuvertrauen, weil Zork gerade durch ihr verschlossenes, abweisendes Wesen a besten geeignet gewesen sei, alle schädlichen Einflüs von den beiden jungen Mädchen fernzuhalten.

(Fortsetzung folgt.)



Preisherabsetzungen

anstelle der durch die Teuerung verursachten ständigen Preissteigerungen. Natürlich kann die Herabsetzung der Preise nur eine Ausnahme darstellen, wie sie der Ausverkauf 2mal im Jahre verwirklicht. Der Ausverkauf unseres Hauses beginnt heute. — Zeitiger Einkauf ist ratsam.

A • N • G • E • B • O • T • E

Kleider-Kattune	in vielen hübschen Mustern . . . . . Mtr. 38,75	34.75
Kleider-Schotten	für Kinder und Schulkleider . . . . . Mtr.	38.75
Schwarze Kleiderstoffe	½ Wolle . . Mtr.	38.75
Reinw. Mousseline	Streifen, Dirndl-Muster und kariert . Mtr. 145.— 85.—	68.75
Kleider Frotté	130 cm breit farbig . . . . . Mtr.	88.75
Vollvoile	weiß ca 110 cm breit schöne reine Ware . . . . . Mtr.	98.00
Vollvoile	farbig in vielen hübschen Dessins 105 bis 110 cm breit . . . . . Mtr. 145.—	98.00
Cheviot	blau, reine Wolle 130 cm breit . . . . Mtr.	98.00
Staubtücher und Poliertücher	38/38 cm groß . . . . . Stück	5.75
Haustuch	80 cm breit sehr geeignet für Metzgerschürzen . . . . . Mtr.	38.75
Bettsiamosen	80 cm breit . . . . . Mtr. 58.—	48.75
Handtuchgebild	blau kariert (Grubenhandtuch) . . . . . Mtr. 38.75	32.75
Schürzen-Siamosen	120 cm breit gute waschechte Qualität Mtr. 78.—	58.00
Bettdamast	weiß 160 cm breit . . . . . Mtr.	125.00
Posten Festons und Durchsatz	in verschiedenen Breiten . . . . . Mtr. 18.75 16.75	12.75
Unterrock-Volants	für Waschröcke . . . . . Stück	28.75
Damen-Hemden	gute Chiffon-Qual. . . Stück	68.75
Posten Wiener-Schürzen	Satin-Schürzen Siamosen-Schürzen zum Aussuchen . . . . . Stück	85.00
Wasch-Unterröcke	vollgroß gute Dessins und Qualitäten zum Aussuchen . . . . . Stück	98.00
Stores	in versch. Ausführungen zum Aussuchen 145.—	98.00

Herren-Kragen	Ia Leinen und Macoqualitäten in verschiedenen Formen u. Höhen Weite 35 36 37 40 41 42 . . . . . Stück	10.75
Herren-Stehumlegekragen	Ia Leinen- und Makoqualitäten in verschiedenen Formen und Höhen . . . Weite 34 35 38 39 40 41 42 43 . . Stück 19.75	16.75
Herren-Sportkragen	weiß und farbig . . . . . Stück	16.75
Posten Hosenträger	mit Leder und Leinenpatten zum Aussuchen . . . . . Paar 32.75 24.75	14.75
Posten Selbstbinder	gestrickt und in Seide zum Aussuchen . . . . . Stück 68.— 48.75 29.75	19.75
Manschetten	leicht angestaubt . . . . . Paar	6.75
Serviteurs	weich und gestärkt weiß . . Stück 16.75	8.75
Herren- u. Knaben-Sport-Gürtel	in verschiedenen Ausführungen . . . . Stück 38,75 24.75	14.75
Herren-Makohemden	in guter Qualität und verschiedenen Größen . . . . . Stück 122.— 110.—	98.00
Herren-Hosen	gestr., sehr haltbare gute Ware . . . . . Stück 120.— 110.—	98.00
Herren-Einsatz-Hemden	gute weiße Makoqualität mit hübschen Einsätzen . . . . . Stück 155.— 140.—	125.00
Garnituren	farbig Jacke u. Hose . Garnitur 275.—	245.00
Knaben-Sweater	reine Wolle zum Aussuchen . . . . . Stück	68.00
Damen-Strümpfe	englisch lang ohne Naht . . . . . Paar 38.75	29.75
Damen-Strümpfe	deutsch lang ohne Naht extra stark . . . . . Paar	24.75
Herren-Socken	prima Mako hellfarbig . . Paar	21.75
Herren-Socken	Schweißsocken grau u. normalfarbig . . . . . Paar 32.75	24.75
Herren-Socken	schw. Mako mit farb. Stickerei . . . . . Paar	34.75
Posten Kinder-Söckchen	Größe 3—8, weiß mit farb. Rand, zum Aussuchen . . . . . jedes Paar	19.75
Kinderstrümpfe	Ia. Baumwollqualität, schwarz, weiß, lederfarbig	

Größe	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	15,75	17,75	19,75	21,75	23,75	25,75	27,75	29,75	31,75

KAUFHAUS WEHLING

BAHNHOFSTRASSE 79 — HERNE i. W. — BAHNHOFSTRASSE 79

Achtung! **Achtung!**

Lagerraum

mit Einfahrt gegen gute Bezahlung sofort zu mieten gesucht. Angebote an 3843

B. Kasner, Wattenscheid,
Weststraße 11.

✚ Krätze ✚

entsetzl. **Betthautjucken** beseitigt in 2 Tagen ohne jede Berufsstörung. Millionenfach bewährt. Geben Sie kein unnützes Geld aus, bevor Sie mein unter Garantie sicher wirkendes Mittel nicht versucht haben! **Offene Füße,** alte unheilbare Wunden behandelt mit gutem Erfolge, was viele Dank-sagungen beweisen 23

Frau Renkewitz, Homöopathie
Herne, Gabelsbergerstr. 2, Ecke Mont-Cenisstr.

Bekanntmachung.

Die Feststellung des Ersatzmannes für die Stadtverordnetenversammlung anstelle des durch Fortzug ausgeschiedenen Stadtverordneten Redtger findet gemäß § 79 der Landeswahlordnung vom 10. Dezember 1920 am Mittwoch, den 5. Juli cr., vormittags 11½ Uhr im Sitzungszimmer des städtischen Verwaltungsgebäudes I statt.

Castrop, den 30. Juni 1922. 3867

Der Wahlausschuß.

Bekanntmachung.

Am 4. Juli d. Js., vorm. 10 Uhr, werde ich in der Wirtschaft Purzell in Castrop, Münsterstraße folgende Sachen, als:

1 Bohrmaschinenunterteil, Spucknapf mit Rubinglas, Modelliermesser, 1 Flachzange, 1 Pappkasten Novocain, 1 Wurzelheber, 3 Reinigungsräder, 1 Unze Amalgam, 1 Abdruchlöffel mit Gegenlicht, 4 Glasröhrchen mit Nervnadeln, 1 Bohrmaschine (Handstück) 1 Mundspiegel usw. zahntechnische Gegenstände öffentlich zwangsweise meistbietend gegen Barzahlung versteigern. 3885

Castrop, den 1. Juli 1922.

Brechelt, Gerichtsvollzieher.

Ordentlicher, kräftiger

Lehrjunge

gesucht. 3827

Franz Wand,
Dachdeckermeister
Thomasstr. 2.

Ordentliches, fleißiges

Mädchen

(nicht unter 18 Jahren) zum 1. Juli gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Junges 3827

Mädchen

von 15—16 Jahren für Haushalt sofort gesucht. Gute Beköstigung u. Behandlung.

Frau Rohrer, Ickern,
Dorfstraße 99.

Anständige Leute erhalten

Kost u. Logis

Zu erfragen in der Gesch. d. Ztg. 3834

Junger Mann sucht

Schlafstelle

mit Morgenkaffee.

Offerten unter Nr. 3826 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Blutsaft

das hervorragende Kräftigungsmittel für bleichsüchtige und blutarme Frauen und Mädchen u. werdende Mütter.

Deckert, Berlin, Perlebergstraße 21. 4484

Qualitäts-Möbel

weit unter heutigem Tagespreis!

Küchen
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Einzelmöbel.

Möbelhaus
Peter Mönnich,
Castrop, 2891
Münsterstraße 30—32.

Zucker's Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut, Mitesser,

Pickel

Knötchen, Pusteln usw. Spezialarzt Dr. W." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apoth., Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

In Raurel-Habinhorst in der Adler-Drogerie. 4510

Ein lästiges Uebel

ist die übermäßige Schweißabsonderung!!

„Spiroform".

Bestbewährtes Mittel gegen Fuß-, Hand- und Achselschweiß. Gegen Wundlaufen, der Füße. Beseitigt jeden unangenehmen Geruch.

Nur zu haben bei: 3610

Otto Hennewig,
Central-Drogerie,
Albert Appelhans,
Schwanen-Drogerie.
Heinz Köster.

Café Becker

Conditorei u. Weinstube
Täglich verschiedene Sorten **Eis** in bekannter erstkl. Qualität. 2862



Kappel

Schreibmaschine

Im Inland bewährt-
Im Ausland begehrt

Maschinenfabrik
Kappel Akt.-Ges.
Chemnitz-Kappel

Alleinvertrieb für das westf. Kohlenrevier:

L. Löber, Dortmund,
Johannesstraße 32. Fernsprecher 8632.

In Fahrrad-Bereifung

aller führenden Fabriken finden Sie größtes Lager zu äußersten Tagespreisen. Daselbst größtes Lager in Ersatz und Zubehörteilen. Uebernehme sämtliche fachgemäße Reparaturen in eigener Werkstatt. Vertretung für Göricke Fahrräder und Pönix Nähmaschinen 2536

Spezialhaus Bruno Zander,
Ickern Dorfstr. 85.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, am Freitag mittag 1½ Uhr unsere innigstgeliebte einzige Tochter, Nichte und Kousine

Josephine Zimmermann

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 16 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Dieses zeigen an

Die tiefbetrübten Eltern.

Castrop und Dortmund, den 1. Juli 1922.

Die Beerdigung findet am Montag, den 3. Juli nachm. 3¼ Uhr vom Sterbehause, Karlstraße 54, aus statt. 3832

Das Seelenamt ist am Montag morgen 7¼ Uhr in der Pfarrkirche zu Castrop.

Leinöl Ia. dopp. gek.

keine Mischware.

Bernsteinfußbodenlackfarbe
über Nacht glashart und dauerhaft, sowie sämtliche **Lacke. Farben, Pinsel, Schablonen, Bohnerwachs u. s. w.** 1163

Streichfertige Oelfarben

und Lackfarben aller Art liefert zu konkurrenzlosen Preisen in guter Qualität direkt aus dem **Lagerverkaufsraum! Kein Laden!**

H. Haueisen,
Lack- u. Farben-Industrie Dortmund
Fernruf 3836. Brunnenstraße 16 im Hof. Gegr. 1902
zu erreichen durch Linie Nr. 6 Haltestelle Heroldstraße.